

Europäischer Sozialfonds 2014-2020 – Investitionen in Jobs

Debatte Dienstag, 19.11.2013 ab 15 Uhr, Abstimmung Mittwoch, 20.11.2013, ab 12.30 Uhr

Jutta STEINRUCK MdEP, Büro +33 3 881 77563

Hintergrund: Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein wichtiges Instrument zur Förderung der Beschäftigung - eine europäische Investition in Arbeitssuchende. Jeder Mitgliedsstaat verständigt sich mit der Europäischen Kommission auf ein oder mehrere Programme zur Verwendung von ESF-Fördermitteln im Rahmen des siebenjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union. Diese Gelder werden zur Finanzierung von Programmen und Beschäftigungsprojekten an die europäischen Mitgliedstaaten und Regionen verteilt. Durchgeführt werden können solche Projekte von öffentlichen und privaten Organisationen sowie Unternehmen und Einzelpersonen. Im Plenum wird in der Straßburg-Woche nun die Ausgestaltung des ESF für die neue Förderperiode 2014-2020 abgestimmt.

EP-Position: Das Europäische Parlament hat sich für einen starken Europäischen Sozialfonds eingesetzt, der in der neuen Periode einen Fokus auf die Armutsbekämpfung und die soziale Eingliederung legen soll. Die Mehrheit der Parlamentarier ist mit dem Trilogergebnis zufrieden, besonders hinsichtlich der Festlegung von 20% der Mittel für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Es konnte sich hier gegen den Rat durchsetzen, der ursprünglich lediglich 5% vorgeschlagen hatte. Zudem sollen in Zukunft vor allem diejenigen in das Programm einbezogen werden, die längere Zeit keine Berührungspunkte zum regulären Arbeitsmarkt hatten, etwa Langzeitarbeitslose. In den Programmausschreibungen wird diese Personengruppe nun einen besonderen Platz finden. Ein wichtiger Aspekt für das Parlament war auch die explizite Nennung von Migranten und Asylbeantragenden im Programm. Die Mitgliedstaaten können innerhalb der ca. 20 Prioritäten in Zukunft fünf aussuchen, in denen sie gerne operationelle Programme einführen möchten. Dabei muss eine Priorität zwingend im Bereich der Armutsbekämpfung und sozialen Eingliederung liegen. Zudem wird die neu beschlossene Jugendinitiative in Zukunft zur Hälfte aus dem ESF finanziert. Die dazugehörigen Finanzmittel wurden vorgezogen, so dass gleich zu Beginn auf das Geld zugegriffen werden kann.

SPD-Position: Der ESF ist eines der wichtigsten Instrumente zur Förderung der Beschäftigung. Er unterstützt die Bürger beim Zugang zu besseren Arbeitsplätzen und stellt faire Berufsaussichten sicher. Die SPD unterstützt für die neue Förderperiode einen starken Europäischen Sozialfonds, dessen Bedeutung gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit extrem gestiegen ist. Deswegen ist es auch von zentraler Bedeutung, dass dem Fonds, so wie es die Kommission vorgeschlagen hat, ein ausreichend hoher Anteil der Kohäsionsmittel zur Verfügung steht. Besonders begrüßt die SPD zudem den Fokus auf die Armutsbekämpfung und speziell gefährdete Gruppen, wie etwa Langzeitarbeitslose.